

# Jungwähler

## Hürdenlauf zur Wahlurne Studie zum Wahlverhalten junger Menschen

Die Wahlbeteiligung junger Menschen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren lag bei der Bundestagswahl 2025 erneut unter dem Durchschnitt in der Gesamtbevölkerung. Trotz Verbesserungen der Zahlen seit 2009 liegt die Wahlbeteiligung in diesen Alterskohorten am niedrigsten. Eine neue Studie der **Bertelsmann Stiftung** geht der Frage auf den Grund, was junge Menschen vom Wählen abhält.

Die Studie basiert auf einem Mixed-Methods-Ansatz und kombiniert sowohl quantitative als auch qualitative Methoden. Auf quantitativer Ebene wurde ein Datensatz der German Longitudinal Election Study (GLES) herangezogen, der im Zeitraum vom 23. Oktober bis 19. November 2024 erhoben wurde und insgesamt 9.934 Befragte, davon 1.668 junge Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren, umfasst. Neben der Auswertung dieser bestehenden Sekundärdaten basiert die Studie auf einer Reihe eigens durchgeführter Fokusgruppen-Interviews, die im September 2025 stattfanden.

Insgesamt identifiziert die Studie vier zentrale Hürden, die verhindern, dass junge Menschen wählen gehen:

- „Kann ich wählen?“ (Zugang),
- „Verstehe ich Wählen?“ (Kompetenz),
- „Will ich wählen?“ (Motivation) und
- „Wirkt mein Wählen?“ (Resonanz).

Gerade mit Blick auf den Faktor der Kompetenz kommt die Studie zu interessanten Erkenntnissen: Die Analyse auf Basis des GLES-Datensatzes zeigt, dass junge Menschen ihre politische Kompetenz grundsätzlich geringer einschätzen als ältere Menschen. Vor allem weniger wahlaffine junge Menschen, insbesondere wenn sie aus einem politikfernen Umfeld kommen, fühlen sich demnach deutlich unsicherer, politische Debatten zu verfolgen oder über ihre eigene Haltung zu sprechen. In den Fokusgruppen äußerten Teilnehmende wiederum den Wunsch nach mehr und früher einsetzenden Bildungsangeboten in diesem Zusammenhang. Unter politischer Bildung verstehen sie dabei nicht nur die Vermittlung von Wissen über Institutionen oder Wahlverfahren, sondern auch eine Befähigung, Informationen einzuordnen und sich eigenständig politische Urteile zu bilden.

In Hinblick auf den Einfluss sozialer Medien und digitaler Angebote ergibt sich ein heterogenes Bild: Zwar

könnten geeignete Formate gerade bei weniger politisch interessierten jungen Menschen politisches Interesse wecken und sie zur Wahl mobilisieren, gleichzeitig werde es aber immer anspruchsvoller, sich in der Vielzahl an Informationen zurechtzufinden. Zudem bestehe die Gefahr einer verzerrten politischen Meinungsbildung. Wie jüngste Studienergebnisse zeigen, sind Parteien an den politischen Rändern auf Social Media-Plattformen, insbesondere auf TikTok, im Vergleich zu Parteien der Mitte überproportional sichtbar (*Quelle: „Digitalisiert, politisiert, polarisiert?“*). Gleiches gelte für digitale Tools wie Wahl-O-Mat oder Real-O-Mat. Während sie Einstiegshürden senken können, führen komplexe Inhalte, Polarisierung und Informationsfülle gerade bei weniger politikerfahrenen jungen Menschen schnell zu Überforderung.

Hinsichtlich der Motivation junger Menschen kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Teilnehmenden der Fokusgruppen die Wirksamkeit politischer Institutionen, Probleme zu lösen, als sehr gering wahrnehmen, was in Teilen zur Entscheidung beiträgt, selbst nicht wählen zu gehen. Gerade bei Themen wie Lebenshaltungskosten, Mietpreisen, Inflation oder Absicherung der Altersvorsorge wurde in allen Fokusgruppen eine starke Enttäuschung über die mangelnde Wirkung politischer Entscheidungen beobachtet. Zudem nähmen viele junge Menschen gerade im Wahlkampf Versprechungen wahr, die anschließend nicht eingehalten würden. Das wirke sich wiederum negativ auf ihre wahrgenommene Fähigkeit aus, sich durch gewählte Vertreter/-innen in politische Entscheidungen einbringen zu können. Interessanterweise schilderten Teilnehmende, dass die starke Polarisierung der Debatten im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 sowie eine stark emotionalisierte Krisenrhetorik bei vielen den Wunsch ausgelöst habe, sich zeitweise von der politischen Informationsflut zu distanzieren. Das aktive Fernbleiben von politischen Themen wurde vielfach als Schutzmechanismus beschrieben.

Trotzdem offenbart die Analyse ein großes Potenzial zur Mobilisierung junger Menschen. Viele neue Wähler/-innen begegnen politischen Prozessen mit größerem Optimismus als Ältere, haben mehr Vertrauen in zentrale Institutionen wie den Bundestag und gehen von mehr Responsivität der Politiker/-innen aus – wenn auch auf niedrigem Niveau. Um die Wahlbeteiligung junger Menschen zu steigern, spricht die Studie Handlungsempfehlungen aus, die sich an den vier identifizierten Hürden Zugang, Kompetenz, Motivation und Resonanz orientieren. Neben verständlichen Wahlinformationen, niedrigschwelligen Ver-

fahren und einer verbindlichen politischen Bildung werden auch frühe Erfahrungen politischer Beteiligung, ggf. schulisch begleitet, genannt. Viele der Weichen müssen gleichzeitig auf politischer Ebene gestellt werden. Denn eine Politik, die zuhört, einbezieht, die Lebensrealitäten junger Menschen anerkennt und nachvollziehbar handelt, heißt es in der Studie, sei für eine langfristige Motivation ebenso wichtig.

Quelle: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

#### Anmerkungen:

Wenn der Satz „Die Jugend ist unsere Zukunft!“ nicht nur eine Floskel sein soll, dann müsste endlich mehr dafür getan werden, dass die Jugend auch zukunftsfähig wird. Da reicht es nicht aus, die Wehrtauglichkeit zu prüfen. Von wem erwartet wird, dass er sein Land verteidigt und dafür sein Leben riskiert, muss auch ein Verhältnis zu diesem seinem Land haben. Das heißt, er muss sich an der Gestaltung beteiligen und vor allem einen Sinn darin sehen.

Dass die Wirksamkeit politischer Institutionen, Probleme zu lösen, als sehr gering wahrgenommen wird, betrifft alle Altersgruppen. Auch, dass in Wahlkämpfen Versprechungen gemacht werden, die anschließend nicht eingehalten würden, verärgert alle Wähler. Erfreulich hingegen, dass die Jungen politischen Prozessen mit größerem Optimismus als Ältere begegnen und mehr Vertrauen in zentrale Institutionen wie den Bundestag haben.

Wichtig ist, Jugendliche frühzeitig an die Politik heranzuführen, nicht erst, wenn sie das Wahlalter erreicht haben. 2023 machte das Abgeordnetenhaus einen richtigen Schritt in die richtige Richtung. 16- und 17-Jährige sind nun für alle landes- und bezirksweiten Abstimmungen sowie die Wahlen zum Europäischen Parlament aktiv wahlberechtigt, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag ist weiterhin ein Mindestalter von 18 Jahren notwendig. Auch wenn Schätzungen zufolge, nur 50.000 junge Berliner davon profitieren, das sind rund zwei Prozent, so kann diese Zahl von Bedeutung sein, wenn wir darauf blicken, an wie wenigen Stimmen der Einzug in ein Parlament scheitern kann.

Bei der Wiederholungswahl am 12. Februar 2023 war noch 18 Jahre das Mindest-Wahlalter. Von den Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren profitierten vornehmlich die Parteien auf der linken Seite des Parlaments: **Grüne** 22 und **Linke** 18 Prozent. **CDU** zwölf, und erst dahinter die **SPD** mit elf Prozent. **FDP** acht und **AfD** sieben Prozent. Vor allem die SPD sollte sich Gedanken darüber machen, dass sie bei der Jugend so schwach punkten kann.

Alle Parteien haben Jugendorganisationen, die nicht immer auf Linie zu bringen sind. Wer sich für Politik interessiert, kann sich bei den Jugendorganisationen umschauen. Hier ein Überblick:

- **Junge Union.** Das in vielen Kreis- und Regionalverbänden der Jungen Union (JU) gelebte Motto lautet häufig: „50% Politik – 50% Party = 100% Spaß“. Es spiegelt die Verbindung von inhaltlicher politischer Arbeit und geselligen Aktivitäten wider. Als größte politische Jugendorganisation in Deutschland versteht sich die JU zudem als Stimme der jungen Generation.  
*KI Antwort auf Frage nach dem Motto*
- Die **Jusos** haben kein einzelnes, zeitloses Motto, sondern richten sich nach Grundwerten wie Sozialismus, Feminismus, Internationalismus, Antifaschismus und Antirassismus. Sie engagieren sich für eine gerechte, solidarische Gesellschaft und ein soziales Europa, oft unter dem Aspekt des progressiven Wandels. *KI Antwort auf Frage nach dem Motto*
- **Linksjugend [‘solid’]**, steht der Linken nahe und ist ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband. *Linksjugend*
- Die **Grüne Jugend Berlin** agiert mit einem linken, emanzipatorischen Anspruch und tritt für ein ökologisches, antifaschistisches, feministisches und soziales Berlin ein. Kernforderungen umfassen Klimaschutz, Mietenstopps („Keine Profite mit der Miete!“) und eine solidarische Gesellschaft, oft verbunden mit dem Motto: „Ein besseres Morgen ist möglich!“ *Grüne Jugend*
- Die **Jungen Liberalen** (JuLis) sind die offizielle Jugendorganisation der FDP, sie agieren unabhängig, unterstützen die FDP jedoch im Wahlkampf und prägen sie konstruktiv-kritisch. Sie setzen sich für Freiheit, Digitalisierung, gesellschaftliche Liberalisierung (z.B. Cannabis-Legalisierung) und Generationengerechtigkeit ein. *Junge Liberale*
- **Generation Deutschland** der AfD. Die Organisation müsse „junge Leute schulen: politisch, sportlich, charakterlich.“ Es brauche nicht nur in Parlamenten einen Politikwechsel, sondern auch in Redaktionen, an Universitäten und in Unternehmen. *Fabian Jank, Vorsitzender Brandenburg.*  
*Quelle: rbb24*

Politik bestimmt unser Leben. Deshalb sollten wir mitbestimmen. Man muss nicht Mitglied in einer Partei sein, hat aber mehr Gestaltungsmöglichkeiten, wenn man einer angehört. Der Schritt in eine Partei sollte aber gut überlegt sein. Und deshalb schließen wir mit einem Zitat aus **Friedrich Schillers Lied von der Glocke**: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, Ob sich das Herz zum Herzen findet“. Wenn auch auf die Ehe bezogen, so gilt doch für alle Bindungen: *Der Wahn kann kurz, die Reu aber lang sein.*

**Ed Koch**